

Offizieller Arbeitsbesuch von Botschafter Jenö C.A. Staehelin in Bulgarien vom 16.-17. Dezember 1991

Botschafter Jenö Staehelin traf anlässlich seines offiziellen Arbeitsbesuches in Sofia mit hochrangigen Vertretern der Regierung sowie des Parlaments zusammen. Dazu gehörten von Regierungsseite Aussenminister Stojan Ganev und Vizeausserminister Valentin Dobrev. Aus den Reihen der Parlamentarier waren es der Chef der aussenpolitischen Kommission und der stellvertretende Fraktionsführer der Regierungspartei UDK (Union der Demokratischen Kräfte) Alexander Jordanov, Unal Lutfi, Nummer zwei der vorrangig die türkische Minderheit vertretenden "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (BRF) sowie ein Vertreter der Parlamentsfraktion der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), d.h. der sich nun in der Opposition befindlichen Nachfolgepartei der Kommunisten. Anlässlich eines Essens ergab sich zudem Gelegenheit zu einem kurzen Gespräch mit Ministerpräsident Dimitrov.

Alle Gesprächspartner vermittelten einen äusserst kompetenten Eindruck und liessen das Bild eines durchdachten, vernünftigen, die politischen, historischen und geographischen Rahmenbedingungen gleichermassen berücksichtigendes Gesamtkonzepts einer Politik vor den Augen des Betrachters erscheinen, welches nicht nur in seiner Klarheit und Kohärenz verblüfft, sondern auch in seiner ideellen wie praktischen Zielrichtung überzeugt.

Die Grundaxiome der bulgarischen Politik heissen Stabilität und Integration in Europa. Der Erreichung eines stabilen innenpolitischen wie aussenpolitischen Kräfteparallelogramms sind alle Initiativen der Regierung und des Parlaments zugeordnet.

In der Innenpolitik soll dieses Ziel nach den Oktoberwahlen dank klaren Mehrheitsverhältnissen - die nach eigenem bekunden neo-liberale UDK regiert, unterstützt von der BRF mit einer komfortablen Mehrheit von 28 Stimmen im Einkammerparlament - durch einen beschleunigten Gesetzgebungsprozess in den Bereichen Demokratisierung und liberale Wirtschaftsreform angestrebt werden. Die

Reformbemühungen verlaufen wie überall in Osteuropa vor dem Hintergrund einer scharfen Wirtschaftskrise. Der Uebergang von der völlig in den Comecon integrierten Planwirtschaft, hin zu einer konkurrenzfähigen, auf die internationalen Märkte ausgerichteten freien Wirtschaft ist schmerzvoll und mit sozialen Nöten gepflastert. Bereits verabschiedet sind die Gesetze über die Rückgabe des Parteieigentums an den Staat sowie die Privatisierung des Kleinbesitzes in den Städten. Gegenwärtig in Beratung befinden sich u.a. die Gesetze über die Reprivatisierung des Bodens und den Schutz von Investitionen.

Nur mit diesen internen Rahmenbedingungen können die mit dem Ausland abgeschlossenen Investitionsschutzabkommen ihre positive Wirkung für Bulgarien entfalten. Ausländische Investitionen sind nach bulgarischer Auffassung ein Schlüssel zum Erfolg. Man möchte deshalb nicht als Bittsteller für internationale Hilfe auftreten, sondern selbst diejenigen Voraussetzungen schaffen, welche Bulgarien für ausländische Investoren attraktiv machen.

Die Aussenpolitik soll die Bemühungen nach Stabilität auf das internationale Umfeld übertragen, um die äusseren Bedingungen für eine friedliche und prosperierende Entwicklung Bulgariens zu schaffen. Diese Strategie soll operationell auf drei Handlungsebenen umgesetzt werden: der Integration in die europäischen Strukturen, der regionalen Zusammenarbeit auf dem Balkan, sowie einer Intensivierung der bilateralen Beziehungen auf breiter Front.

Die Integration in die europäischen Strukturen besitzt für Bulgarien eine mehrfache Funktion. Einerseits ist die Möglichkeit, heute auch wertemässig wieder zu Europa zu gehören, ein fast emotionales Bedürfnis des bulgarischen Volkes nach Zugehörigkeit zu einer als mit positiven Werten besetzten Völkergemeinschaft. Andererseits hat die bulgarische Regierung richtig erkannt, dass nur eine möglichst weitgehende Integrierung in Europa einen Wirtschaftsaufschwung ermöglicht, welcher wiederum Voraussetzung für stabile Verhältnisse in Bulgarien selbst bildet.

Zum ersten strebt Bulgarien den möglichst baldigen Beitritt zum Europarat an. Dieser sollte nach Abwicklung des notwendigen Prozederes im Frühling 1992 vollzogen werden können. Danach beabsichtigt die Regierung die Menschenrechtskonvention inklusive sämtlicher Zusatzprotokolle dem Parlament in kurzer Frist zur Ratifikation vorzulegen. Die daraus resultierenden Bestimmungen werden im bulgarischen Recht mit Prioritätswirkung direkt anwendbar sein. Damit erhofft man sich einen positiven Effekt auf die immer noch konservative Gerichtsbarkeit und einen Impuls für die potentiellen Probleme zwischen Bulgaren und ethnischen Türken innerhalb des eigenen Landes. Die Regierung ist gewillt, keine ethnische Diskriminierung zu tolerieren und eine Reintegration der türkischen Minderheit in Bulgarien zu fördern.

Auch der EG will man sich in Sofia möglichst schnell annähern. Bereits in den ersten Monaten des kommenden Jahres werden analog den Beispielen Polen, CSFR und Ungarn erste Gespräche über eine assoziierte Mitgliedschaft eingeleitet werden, welche, so hofft man bis im Mai 1992 zum Abschluss gebracht werden können.

Im europäischen Sicherheitsbereich befindet sich Bulgarien nach Auflösung des Warschauer Pakts in einem Vakuum. Man versucht deshalb, im Rahmen der Wiener Verhandlungen neue ad hoc Koalitionen zu bilden und sich soweit möglich an die NATO anzulehnen, mit welcher in letzter Zeit gute Kontakte geknüpft wurden. Ein Gesprächspartner erwähnte sogar die Möglichkeit einer Neutralität nach schweizerischem Muster.

Eine wichtige Komponente des bulgarischen aussenpolitischen Konzepts befasst sich naturgemäss mit dem Balkan. Bulgarien ist sich aufgrund seiner eigenen leidvollen Geschichte dieses Jahrhunderts bewusst, welche negativen Konsequenzen überbordender Nationalismus und zweifelhafte Allianzen gerade in dieser potentiell instabilen Region zur Folge haben können, deren Grenzen allesamt künstlich gezogen und von aussen oktroyiert worden sind. Bulgarien stand in den Balkankriegen 1912-13 und in den beiden Weltkriegen ebenso auf der Verliererseite wie im Kalten Krieg. Bul-

garien ist deshalb auch hier bestrebt, eine stabilisierende, pragmatische Politik der Berechenbarkeit und der guten Nachbarschaft zu führen und sich nicht auf nationalistische Abenteuer einzulassen, um so dazu beizutragen, den Balkan an Europa heranzuführen.

Maxime ist deshalb nicht die Veränderung der Grenzen, sondern deren Oeffnung. Bulgarien unterstützt die regionale multilaterale Zusammenarbeit, auch wenn deren Stellenwert der gesamteuropäischen Kooperation nachgeordnet ist. Obwohl der Jugoslawienkonflikt die Zusammenarbeit innerhalb der Balkankooperation erschwert, konnten von 35 für 1991 geplanten Veranstaltungen deren 15 durchgeführt werden. Alljährliche Ministertreffen und Zusammenkünfte hoher Beamter sowie die Verzahnung durch gegenseitigen Beobachteraustauschs mit der Hexagonale sollen zu geschäftsmässigem Verkehr ohne Emotionen unter den Ländern des Balkans führen und die Kontakte mit Vertretern von Regionen und Ländern des weiteren Umfelds vertiefen. Die Schwarzmeerkoperation wird bulgarischerseits ebenfalls als valablen Versuch der wirtschaftspolitischen regionalen Integration bezeichnet. Allerdings hat sich die Entwicklung hier aufgrund der Lage in der UdSSR verzögert.

Die bilateralen Beziehungen mit vielen Ländern der Welt sollen ausgebaut werden. Aus naheliegenden Gründen stehen neben den Ländern Westeuropas auch hier die Länder des Balkans im Zentrum des Interesses.

Mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt man in Sofia die Entwicklung in Jugoslawien. Es bestehen in Sofia echte Befürchtungen, gegen den eigenen Willen in den dortigen Konflikt hineingerissen zu werden. Obwohl Bulgarien in der Anerkennungsfrage eine sehr zurückhaltende Rolle spielt - es wird auf die deckungsgleiche Haltung mit Ungarn verwiesen - zeigt man grundsätzlich Verständnis für die Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Teilrepubliken und unterstützt das Prinzip der Unverletzbarkeit von deren Grenzen. Mit dem Hinweis auf diesbezügliche Versuche westlicher Länder "Unrettbares retten zu wollen" verweist Bulgarien

auf die Unmöglichkeit, die Völker des ehemaligen Ostblocks unter den veränderten Umständen in ungewollten Föderationen eingepfercht zu halten. Dies gelte insbesondere auch für Mazedonien. Eine Neubelebung der sogenannten Mazedonienfrage ist jedoch nicht beabsichtigt: Obwohl die Mazedonier, nach allgemeiner bulgarischer Auffassung letztlich Bulgaren sind, wird Bulgarien deren Recht auf Souveränität und einen eigenen Staat Mazedonien anerkennen. Trotzdem fühlt sich Bulgarien als Sachwalter der mazedonischen Interessen und verhehlt nicht eine tiefe Besorgnis über die serbischen Absichten in diesem Gebiet. Man hat deshalb die EG um Entsendung von Beobachtern an die mazedonisch - serbische Grenze gebeten und ist im Begriff gleiches von der UNO zu fordern.

Mit Bezug auf die Beziehungen zur Türkei wird eine gesamthaft positive Einschätzung vorgenommen. Die Türkei legt - nicht zuletzt aufgrund ihres Wunsches baldmöglichst der EG beizutreten - auf dem Balkan kein aggressives Verhalten an den Tag. Für Bulgarien ist die Türkei heute vor allem ein gerngesehener Wirtschaftspartner, der bereits kräftig in Bulgarien investiert und mit Wohlwollen die Reintegration der türkischen Minderheit in Bulgarien wie sie durch die neue Regierung betrieben wird, beobachtet.

Griechenland andererseits verhält sich abwartender punkto Investitionen in Bulgarien und verfolgt auch eine etwas emotional gefärbte Politik. Nicht nur das in Bulgarien auf Unverständnis stossende Lamento Griechenlands bezüglich des Gebrauchs des Namens "Mazedonien" durch die jugoslawische Teilrepublik sondern auch griechische Befürchtungen über pantürkische Ziele der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" erregen in Sofia leichtes Kopfschütteln. Man ist jedoch in Sofia bemüht die traditionell guten Beziehungen mit Athen zu vertiefen und regelmässige Konsultationen zu pflegen. Keinesfalls möchte man in irgendeine Weise in die türkisch griechischen Spannungen einbezogen werden.

Das Thema UdSSR wurde nur kurz berührt. Bulgarien hat die Ukraine anerkannt im Bewusstsein, dass die Sowjetunion in ihrer tradi-

tionellen Form praktisch nicht mehr existiert. Das politische Schicksal Gorbatschows ist nach bulgarischer Auffassung besiegelt.

Es wurde in Sofia ausserdem mit Nachdruck hervorgehoben, dass trotz des Zugehörigkeitsgefühls Bulgariens zu Europa ein sehr gutes Verhältnis zu den U.S.A. gesucht werde. Bulgarien würde es begrüßen, wenn Washington sein wirtschaftliches und politisches Engagement auf dem Balkan erhöhen würde. Einzig der Vertreter der BSP, wohl noch etwas in der traditionellen Blockrolle befangen, vermeinte eine Bulgarien destabilisierende Achse Ankara-Washington heraufdämmern zu sehen, vor der es sich zu hüten gelte.

Im Bereich der bilateralen Beziehungen mit der Schweiz wurde eine "Absichtserklärung über die Zusammenarbeit" zwischen Bulgarien und der Schweiz paraphiert. Die Unterzeichnung soll Anfang nächsten Jahres durch die beiden Aussenminister in der Schweiz erfolgen. SIN nahm die Gelegenheit wahr, der bulgarischen Seite die Grundsätze unserer Engagements für die ost- und mitteleuropäischen Staaten zu erläutern, insbesondere im Hinblick auf die Ausarbeitung konkreter Prioritäten für den Einschluss Bulgariens in den zweiten Rahmenkredit von Fr. 800 Mio.

Im weitem erklärte SIN die Unterstützung der Schweiz als gegenwärtiges Präsidialland für den Beitritt Bulgariens zum Europarat.